Nachrichten und Informationen der Ersatzkassenverbände

PRESSE

Siegburg, 22. August 2002

Ausgeglichenes Finanzergebnis bei Ersatzkassen

Halbjahresstatistik verzerrt

Zu aktuellen Pressemeldungen über Milliardendefizite bei den gesetzlichen Krankenkassen weisen die Ersatzkassenverbände VdAK/AEV darauf hin, dass der in den amtlichen Statistiken ausgewiesene Finanzsaldo nicht den aktuellen Sachstand widergibt. Vielmehr kämen hier Verzerrungen aus der Systematik des Risikostrukturausgleichs (Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen) zum Tragen, die das Ergebnis des 1. Halbjahres verzerren. Die Ersatzkassen leisten pauschale Abschlagszahlungen in den Risikostrukturausgleich. Da diese Abschlagszahlungen zum Teil auf Werten des vergangenen Jahres basieren, seien die Ergebnisse in den ersten Quartalen insbesondere für die Ersatzkassen als die Hauptzahlerkassen im Risikostrukturausgleich verfälscht. Die überhöhten Abschlagszahlungen des ersten Halbjahres würden jedoch im Laufe des Jahres ausgeglichen, wobei der Zeitpunkt des Ausgleichs bei den einzelnen Kassen stark schwankt. So konnten teilweise bereits erste Ausgleichszahlungen im Halbjahresergebnis berücksichtigt werden. Ein Rückschluss auf das Ge-

Ansprechpartnerin: Dr. Doris Pfeiffer, Tel.: 0 22 41 / 1 08-318
Tel. Presse Berlin: 0 30 / 25 93 09 30
Schriftleitung und Verlag: Frankfurter Straße 84, 53721 Siegburg,
e-mail: presse@vdak-aev.de
Internet: http://www.vdak-aev.de

samtjahresdefizit oder gar auf notwendige Beitragssatzerhöhungen sei damit also völlig verfehlt. Im Gegenteil: Rechne man den Effekt des time-lags heraus, hätten die Ersatzkassen im 1. Halbjahr 2002 ein in etwa ausgeglichenes Ergebnis erzielt. Im zweiten Halbjahr werden zudem Einnahmeverbesserungen durch die meist erst ab Jahresmitte wirksam werdenden Tariferhöhungen und die zum Jahresende anfallenden Einmalzahlungen (Weihnachtsgeld) erwartet.

Unabhängig davon zeigten die Halbjahresergebnisse weiterhin eine ungebremste Dynamik, insbesondere bei den Arzneimittelausgaben, die erneut um 5 % gegenüber dem ohnehin hohen Vorjahreswert angestiegen seien. Auch bei Heil- und Hilfsmitteln sei die Steigerungsrate mit rund 10 % besorgniserregend. Insbesondere angesichts der um weniger als 1 % gestiegenen beitragspflichtigen Einnahmen seien daher dringend strukturelle Reformen zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung notwendig.